

Treffen der Landesregierung mit der wehrtechnischen Industrie in Schleswig-Holstein am 15.03.2024

Ein Positionspapier vor dem Hintergrund des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges auf die Ukraine

1. Ausgangslage

Die sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen Deutschlands, der Europäischen Union (EU) sowie der NATO sind in den vergangenen Jahren größer, unbeständiger und komplexer geworden. Mit dem völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, der nunmehr in das dritte Jahr geht, hat sich die Sicherheitslage in Deutschland und Europa dramatisch verändert. Frieden, Sicherheit und Stabilität sind auch in Westeuropa bedroht. Die NATO, die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen deshalb unverzüglich zu der Stärke finden, die erforderlich ist, um einen möglichen Angriff Russlands auf weitere Länder erfolgreich abzuschrecken und die Ukraine bei ihrer Selbstverteidigung gegen den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg weiterhin zu unterstützen. Auch auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2024 wurde klar, dass die NATO und die EU ihre Verteidigungsfähigkeit weiter ausbauen und stärken müssen.

In der Nationalen Sicherheitsstrategie des Bundes von Juni 2023 sowie in den daran anknüpfenden neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien von November 2023 finden sich diese Forderungen wieder.

Im letzten öffentlichen Bericht zu den Verteidigungsausgaben der Bündnisstaaten war für Deutschland für 2023 eine Vergleichszahl in Höhe von 56,64 Milliarden Dollar und eine BIP-Quote von 1,57 Prozent angegeben worden. Für das Jahr 2024 soll die Bundesregierung einen Betrag übermittelt haben, der umgerechnet in Vergleichszahlen des Verteidigungsbündnisses einer Summe von 73,41 Milliarden Dollar entspricht. Dies wäre für Deutschland in absoluten Zahlen ein Rekordwert und würde nach aktueller NATO-Prognose eine BIP-Quote von 2,01 Prozent bedeuten. Der Einzelplan 14 muss aber auch in den nächsten Jahren signifikant anwachsen, um nicht nur die laufenden Kosten abzudecken, sondern auch zukünftig Ausrüstung beschaffen zu können. Dieser Prozess muss bereits in diesem Jahr eingeleitet werden.

Die Landesregierung begrüßt diese Entwicklung. Für eine glaubwürdige und strategische Umsetzung der Zeitenwende bedarf es nach ihrer Ansicht klarer Signale der Bundesregierung, dass dauerhaft jährlich mehr als 2 Prozent der nationalen Wirtschaftsleistung in die Verteidigung und in die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr investiert werden. Die Bundesregierung hat sich diesbezüglich in ihren letzten Grundsatzpapieren eindeutig positioniert und in diesem Zusammenhang auch zu den bestehenden NATO-Verpflichtungen bekannt. Um den Unternehmen der wehrtechnischen Industrie die erforderlichen planerischen Grundlagen geben zu können, braucht es zeitnah politische

Weichenstellungen über das Einrichten des Sondervermögens hinaus, welches laut aktuellem Rüstungsbericht des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) voraussichtlich bis Ende 2027 vollständig verausgabt sein wird. Der Einzelplan 14 des BMVg muss ab 2025 signifikant anwachsen, da ansonsten für weitere Beschaffungsvorhaben im Bereich Invest keine Finanzmittel mehr zur Verfügung stehen. Das gesamte Budget wird für Personal, Infrastruktur, Betrieb und Instandhaltung von Systemen aufgebraucht.

Auch die Rekordnachfrage nach deutschen Rüstungsgütern bei unseren demokratischen Partnerländern ist Ausdruck eines gesteigerten Bedürfnisses nach militärischer Sicherheit. Bundeskanzler Scholz gab ein klares Bekenntnis zur Rüstungsindustrie und machte deutlich, dass die deutsche Rüstungsindustrie weiter gestärkt werden müsse. Die Bundesregierung wolle mit allen wesentlichen Rüstungsherstellern mit Rahmenverträgen für alle Waffensysteme verhandeln. Die Hersteller sollten Abnahmesicherheit bekommen, um investieren zu können.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat kürzlich eine vertrauliche „Studie zur strukturellen Lage der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland“ vorgelegt. Hierin wird die Lage und Bedeutung der Branche in Deutschland dargestellt und zugleich werden Handlungsempfehlungen ausgesprochen, die teils identisch mit denen des Wehrtechnik-Gipfels Schleswig-Holstein sind.

Die EU hat am 05. März 2024 auf die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen reagiert und eine erste Strategie für die Verteidigungsindustrie auf EU-Ebene vorgelegt (EDIS) und das mit einem Legislativvorschlag zur Umsetzung ergänzt (EDIP). Ziel ist es, die europäische Verteidigungsindustrie zu re-industrialisieren sowie die Wettbewerbsfähigkeit und Einsatzbereitschaft zu verbessern. Bis 2030 sollen 50 Prozent des Verteidigungsbudgets in der EU eingesetzt werden. Die KOM hat einen Fonds vorgestellt, um die europäische Rüstungsproduktion anzutreiben.

Interessant ist, dass damit zugleich eine Überprüfung der Darlehenspolitik der Europäischen Investitionsbank einhergehen soll. Damit wird einer schon lange erhobenen Forderung der Teilnehmer des Wehrtechnik-Gipfels nach verbesserten Finanzierungsbedingungen für Rüstungsbetriebe Rechnung getragen.

Auf Basis der Vorschläge der KOM muss eine klare Kontur für eine industriepolitische Strategie entwickelt werden, wie die nationale Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie ihren Beitrag zur Verteidigungsfähigkeit unseres Landes leisten kann und Deutschland in die Lage versetzt werden kann, Konfrontation zu vermeiden.

Zugleich ist von Seiten der Bundesregierung, insbesondere vom BMVg, eine deutlich stärkere politische Unterstützung der Rüstungsbetriebe bei der Generierung und Beteiligung von Aufträgen der EU oder anderen Staaten zu fordern. Dies mag in anderen Branchen verfehlt sein, im wehrtechnischen Bereich ist dies aber geradezu notwendig, da die Abnehmer und Kunden nahezu ausschließlich Staaten sind. Frankreich kann

insoweit als gutes Beispiel für eine aktive, strategische Industriepolitik im wehrtechnischen Bereich gelten.

2. Positionen Schleswig-Holsteins

Auch aus Sicht der Landesregierung Schleswig-Holstein ist die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und damit seiner Bündnispartner wichtiger denn je. Den wehrtechnischen Betrieben und ihren Zulieferern kommt damit eine wichtige verteidigungspolitische, aber auch wirtschaftspolitische Bedeutung zu. Das Produktportfolio der rund 30 Unternehmen in der schleswig-holsteinischen Rüstungsbasis bezieht sich auf den Marineschiffbau, die Landsysteme, die Landsystemindustrie, Luftfahrtindustrie, Kommunikationssysteme, Optik, Waffen und Munitionssysteme. Diese Unternehmen sind ein Garant für Wertschöpfung und Beschäftigung, sichern hochwertige, überwiegend tarifgebundene Arbeitsplätze und schaffen Perspektiven durch Ausbildung und Weiterqualifizierung. Die Landesregierung Schleswig-Holstein bekennt sich daher weiterhin klar zu dieser Branche.

Am 5. Dezember 2022 fand der 1. Wehrtechnikgipfel unter Leitung des Schleswig-Holsteinischen Ministerpräsidenten Daniel Günther statt. Die Ergebnisse des Wehrtechnikgipfels zur Bedeutung der wehrtechnischen Industrie sowie deren Bedürfnisse und Forderungen auch gegenüber der Bundesregierung wurden im „Industriepolitischen Arbeitspapier als Beitrag Schleswig-Holsteins zum Gelingen der sicherheitspolitischen Zeitenwende“ definiert. Wichtigste Themen und Herausforderungen sind demnach:

- Die zügige Beschaffung von wehrtechnischem Gerät durch den Bund und verlässliche Planungssicherheit für die Unternehmen
- Wertschöpfung, Beschäftigung und Leistungsfähigkeit im Land halten
- Harmonisierung der europäischen Rüstungsexportbestimmungen
- Verlässlichkeit von Exportgenehmigungen
- Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten der wehrtechnischen Industrie
- Nationale Betreuungsfähigkeit

Die Landesregierung hat fortlaufend Aktivitäten zur Unterstützung der wehrtechnischen Industrie unternommen und sich umfassend für deren Belange eingesetzt.

So haben auf Landesebene bereits drei Wehrtechnikgipfel stattgefunden, zuletzt am 8. November 2023 bei der IB.SH mit einem konstruktiven Dialog zwischen der Wehrindustrie und der Kreditwirtschaft. Die Landesregierung hat sich mehrfach an das BMVg und an Bundeskanzler Scholz mit der Bitte um Unterstützung der wehrtechnischen Industrie gewandt. Im Juni 2023 fand ein Beschlussvorschlag vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein für die Wirtschaftsministerkonferenz zur „Unterstützung der Wehrtechnik“ breite Zustimmung der anderen Länder. Der Landtag hat sich 2023 unter dem Thema

„Schleswig-Holsteins Wehrtechnik unterstützen“ mit der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die wehrtechnische Industrie befasst.

Die schon im Rahmen des 1. Wehrtechnik-Gipfels erarbeiteten Positionen im o.g. Arbeitspapier sind nach wie vor aktuell. Insbesondere wird nochmals betont, dass die Rüstungsexportbeschränkungen zu rigide ausgelegt werden und die Genehmigungspraxis nach wie vor zu schwerfällig und langwierig ist. Dies führt zu finanziellen Schäden der stark auf Exporte angewiesenen Branche.

Für die Zukunft ist es wichtig, dass die Bundesregierung die angekündigte „Zeitenwende“ auch tatsächlich umsetzt. Für den Erhalt und Ausbau von sicherheits- und verteidigungsindustriellen (Schlüssel-)Technologien in Deutschland und Schleswig-Holstein ist es wesentlich, dass das Beschaffungswesen optimiert wird, Planungssicherheit für die Rüstungsindustrie geschaffen wird und Aufträge auch bei unseren starken schleswig-holsteinischen Rüstungsbetrieben und Zulieferern ankommen. Dabei müssen auch europäische Kooperationen auf Augenhöhe, die von der Bundespolitik unterstützt werden, in den Blick genommen werden.

a. Marineindustrie

Fast alle schleswig-holsteinischen Werften bieten u.a. maritime wehrtechnische Produkte an. Hierzu zählen neben den U-Booten von thyssenkrupp Marine Systems oder den Überwassereinheiten von GERMAN NAVAL YARDS und der Flensburger Schiffbaugesellschaft viele weitere wichtige Zulieferungen und Dienstleistungen kleinerer Werften. Auch die in Schleswig-Holstein besonders starke Schiffbauzulieferindustrie erzielt einen Großteil ihrer Wertschöpfung im wehrtechnischen Bereich. Insgesamt arbeiten in dem Bereich der maritimen wehrtechnischen Industrie in Schleswig-Holstein allein auf den Werften fast 5.700 Beschäftigte.

Der Erhalt einer starken deutschen Marineindustrie ist gerade unter sicherheitspolitischen Aspekten für Deutschland von essentieller Bedeutung, wie es u.a. auch im Strategiepapier der Bundesregierung festgehalten ist.

Die hohen Erwartungen der maritimen wehrtechnischen Industrie an Aufträge aus dem 100 Mrd. Euro-Sondervermögen der Bundeswehr wurden bisher enttäuscht. Es wurden keine relevanten Neubaufträge für die Deutsche Marine vergeben. Dabei gibt es erhebliche Bedarfe der Deutschen Marine und die schleswig-holsteinischen Werften und Zulieferunternehmen sind bereit, einen substantiellen Beitrag zu leisten, um diese zu decken. Der Bund muss hierfür ausreichende, langfristig im Bundeshaushalt hinterlegte Finanzmittel sowie genügend personelle Kapazitäten beim zuständigen Bundesamt zur Abwicklung der hochkomplexen Ausschreibungsverfahren bereitstellen.

Aufträge der Deutschen Marine sind für die deutsche Marineindustrie nicht nur ein wichtiges Marktsegment, sondern auch eine entscheidende Referenz für den Weltmarkt. Der öffentliche Auftraggeber hat darum eine große Verantwortung: Der optimale Einsatz von Steuergeldern und Nutzen der Innovationskraft unserer Industrie

wird durch die Anwendung bewährter marktwirtschaftlicher Mechanismen wie Wettbewerbsoffenheit auch für den Mittelstand und Bewertung der Gesamtwirtschaftlichkeit erreicht. Nur der niedrigste Baupreis allein darf nicht entscheidend sein. Wichtig ist auch, dass Life-Cycle-Kosten berücksichtigt, kluge Technologien genutzt sowie die Wertschöpfung und Beschäftigung abgesichert werden.

So lange international im Bereich des Militärschiffbaus keine fairen Wettbewerbsbedingungen vorherrschen, ist eine national ausgerichtete Ausschreibungspraxis der deutschen Marine gerechtfertigt und geboten. Die mittelständisch geprägten deutschen Werften können nicht mit teils staatlich kontrollierten Werften aus dem Ausland konkurrieren. Deshalb ist es richtig, dass die Bundesregierung neben dem Unter- auch den Überwasserschiffbau endlich als verteidigungspolitische Schlüsseltechnologie definiert hat. Hier erwartet das Land Schleswig-Holstein zukünftig eine konsequente Umsetzung, um die sicherheits- und verteidigungsindustriellen Schlüsseltechnologien in Deutschland und Schleswig-Holstein zu erhalten und in ihrer Innovationskraft zu stärken. Dies dient auch dem nationalen Sicherheitsinteresse Deutschlands.

Die Bundesregierung muss die deutsche Marineindustrie deshalb in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovation, Produktion und Beschaffung besonders fördern und schützen. Gleichzeitig gilt es, durch eine strategische Industriepolitik die Werften in Deutschland in die Lage zu versetzen, kommende europäische Konsolidierungen aus einer Position der Stärke betreiben zu können.

Die weitreichende Expertise im militärischen Bereich lassen sich auf weitere bedeutende Wertschöpfungsmöglichkeiten adaptieren. So bestehen bspw. Konzepte zur umweltschonenden Entsorgung von Munitionsaltlasten in deutschen und internationalen Gewässern, welche aufgrund unnötiger vorgeschalteter Zwischenprojekte zeitlich verzögert werden, anstatt wie notwendig schnellstmöglich eine mobile Entsorgungsplattform zu beauftragen. Schleswig-Holstein und im Speziellen Kiel bietet sich als hierfür prädestiniertes „Center of Excellence Maritime UXO Disposal“ an, einhergehend mit einem Aufwuchs an hochwertigen und attraktiven Arbeitsplätze für die gesamte Region und darüber hinaus.

b. Landsystemindustrie, Luftsysteme sowie Zulieferer

Das Produktspektrum in dieser breit aufgestellten Industrie umfasst Systementwickler und –hersteller für Panzerfahrzeuge, Komponentenhersteller und Instandsetzungsbetriebe. Im Land haben bedeutende, leistungsfähige und hochtechnologische Unternehmen ihren Sitz, die das Heer in den Teilssegmenten Panzer, Munition, Elektronik, Feinmechanik, Optik und Optronik ausstatten sowie in der logistischen Unterstützung tätig sind.

Deutschland unterstützt mit maßgeblichen Anteilen von Unternehmen wie der Rheinmetall Landsysteme und der FFG Flensburger Fahrzeugbau Gesellschaft die Ukraine mit Ausrüstungs- und Waffenlieferungen aus Beständen der Bundeswehr und befreun-

deter Armeen sowie durch Lieferungen der Industrie. Verbunden mit diesen Lieferungen sind umfangreiche Instandsetzungsaktivitäten sowie Ausbildungsunterstützung. Erste Verträge zu Leistungen im Rahmen des 100 Mrd.- Euro-Sondervermögens und zur Erreichung des Zwei-Prozent-Zieles der NATO für die Ausstattung der Bundeswehr konnten geschlossen werden bzw. sind in Vorbereitung. Für die Landsysteme-Industrie ist jedoch die planbare Gewährleistung einer nachhaltigen, zukünftigen Finanzierung der Bundeswehr - über Jahresscheiben und Legislaturperioden hinaus - sowie der Aufwuchs der Bundeswehr zu einer Verteidigungsfähigkeit von essenzieller Bedeutung.

In der Dimension Luft ist das derzeit wichtigste Thema eine zwingend notwendige Folgebeauftragung (inkl. Weiterentwicklung) des EUROFIGHTER, als Rückgrat der Deutschen Luftwaffe. Mit Blick auf Fähigkeitserhalt und Planungssicherheit bis hin zu einem europäischen Folgeprogramm FCAS (Future Combat Air System) ist diesem Vorhaben eine wichtige Bedeutung beizumessen.

Alle wehrtechnischen Unternehmen in Schleswig-Holstein sehen sich mit Herausforderungen konfrontiert. Einerseits soll schnell und im großen Umfang produziert werden, dem gegenüber stehen teilweise noch fehlende Aufträge und Rahmenverträge der Bundesregierung, welche für eine Investitions- und Planungssicherheit der Unternehmen unabdingbar sind. Es besteht deshalb die Erwartung, dass durch das Sondervermögen der Bundeswehr und durch die Anhebung des Verteidigungshaushalts mehr Planbarkeit und Verlässlichkeit für diese Betriebe entsteht und so auch die weitere wirtschaftliche Entwicklung gesichert wird.

c. Regulierung

Die Finanzierungsbedingungen für die wehrtechnischen Unternehmen sind weiter herausfordernd. Zwar stehen im Zuge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und die daraus resultierende Zeitenwende mehrere Kreditinstitute einer Finanzierung der wehrtechnischen Industrie offener gegenüber. So erhielten Wehrtechnikprojekte in Schleswig-Holstein durch regionale Banken konkrete Finanzierungszusagen. Gleichwohl gewinnen die ESG-Kriterien („Environment, Social und Governance“) in der Finanzbranche unabhängig von der aktuellen Situation weiter an Bedeutung, da immer mehr Banken bestimmte Unternehmen oder Branchen bei der Finanzierung oder beim Investment ausschließen, weil diese die Kriterien nicht erfüllen (sog. Negatives Screening oder Ausschlussprinzip). Ausschlusskriterien sind hierbei mittlerweile gängige Praxis bei größeren Banken und die häufigste Form der Umsetzung der ESG-Kriterien. Dies führt im Ergebnis dazu, dass sich die Finanzierungsmöglichkeiten der wehrtechnischen Industrie gerade auch perspektivisch deutlich verschlechtern. Zukünftig wird darüber hinaus darauf zu achten sein, dass Finanzierungsbedingungen nicht zu zusätzlichem bürokratischen Aufwand führen, der insbesondere KMU vor erhebliche Probleme stellt.

Dies muss sich auch bei den Finanzierungsbedingungen für Unternehmen aus dem gesamten Bereich der Wehrtechnik niederschlagen. Für eine verlässliche Finanzierung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist darauf zu achten, dass der Zugang von Unternehmen der wehrtechnischen Industrie zu hinreichenden Finanzierungsmöglichkeiten gewährleistet bleibt. Dies ist Voraussetzung für den Erhalt der leistungsfähigen sowie technologisch führenden Unternehmen und damit die industrielle Basis für die Landesverteidigung.

Um sicherzustellen, dass notwendige Investitionen und Projekte der wehrtechnischen Industrie nicht an fehlenden Finanzierungen scheitern, muss daneben die öffentliche Hand weiterhin unterstützen. Hier ist unter anderem die Einrichtung eines besonderen Darlehensprogramms für Rüstungsunternehmen seitens der KfW und die Übernahme von Bürgschaften durch den Bund zu prüfen. Die Landesregierung ihrerseits ist dazu bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten die wehrtechnische Industrie, zum Beispiel durch Bürgschaften des Landes, zu unterstützen.

Besonders herausfordernd gestaltet sich die Situation bei Unternehmen der Marineindustrie. Die Werften sehen sich heute im Allgemeinen schon sehr hohen Finanzierungsvolumina, langen Projekt- und Kreditlaufzeiten, bei Spezialschiffen begrenzten Einsatz- und Verwendungsmöglichkeiten sowie verschärften Anforderungen aus der Bankenregulierung und einem Rückzug vieler Geschäftsbanken aus dem Bereich Schiffbaufinanzierung gegenüber. Vor diesem Hintergrund sind wettbewerbsfähige Finanzierungen für die Marineprojekte auf deutschen Werften von elementarer Bedeutung.

Es ist eine elementare Aufgabe des Staates, die Sicherung des inneren und äußeren Friedens sowie die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Eine entscheidende Voraussetzung für die Erfüllung dieser Aufgabe ist eine bestmögliche Ausrüstung der zivilen Sicherheitsorgane sowie der Bundeswehr und ihrer Verbündeten. Investitionen in die Verteidigung und Rüstung dienen folglich auch der Gewährleistung von Sicherheit und Frieden als notwendige Bedingungen für eine nachhaltige und soziale Gesellschaft. Dazu gehört auch das Bewusstsein zu schaffen, dass auch Unternehmen der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie einer immer weiter zunehmenden Bürokratie auf Bundes- und EU-Ebene ausgesetzt sind. Mit Blick auf internationale Wettbewerbsfähigkeit, sind bürokratische Hürden auf ein Minimum zu reduzieren (bsp. CBAM - Carbon Border Adjustment Mechanism oder auch Chemikalienverordnung wie REACH und PFAS).

d. Cybersicherheit

Neue digitale Technologien bieten enorme Chancen, bringen aber auch neue Risiken mit sich. Um eine sichere Nutzung derartiger Technologien zu ermöglichen, bedarf es deshalb einer aktiven Gestaltung und Schaffung angemessener Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, insbesondere für Künstliche Intelligenz, sichere Kommunikation und Nutzbarkeit.

Auch mit umfassenden Präventionsmaßnahmen können krisenhafte Entwicklungen nicht vollständig ausgeschlossen werden. Für eine umfassende Informations- und Cybersicherheit ist daher ein Ausbau der Vorsorgemöglichkeiten in Krisenzeiten erforderlich. Dazu gehören Kommunikationsstrukturen, weltraumgestützte Dienste, Identifikation kritischer Lieferketten, Sicherung technischer Normen und Forschungskooperationen.

Zur intensiven Forschung, insbesondere bei neuen technischen Methoden, die systemische Umwälzungen oder Paradigmenwechsel hervorbringen oder beschleunigen, kann die wehrtechnische Industrie wertvolle Beiträge liefern.

e. Verbandsklagerecht

Ein Verbandsklagerecht zur Kontrolle von Rüstungsexporten ist abzulehnen. Es würde die Unternehmen mit unkalkulierbaren Risiken konfrontieren und sie für Gefahren in Haft nehmen, die nicht ihrer Sphäre und ihrem Handeln zuzurechnen sind. Weder können Unternehmen vorhersehen, ob, wo und wofür ihre Produkte verwendet werden, noch können sie beeinflussen, ob und an wen ihre Produkte weitergegeben werden.

3. Ausblick und Forderungen

Bundesverteidigungsminister Pistorius forderte im Zusammenhang mit der Verteidigungsfähigkeit sowie Sicherheit unseres Landes, dass Deutschland „alles dafür tun müsse, um in den kommenden fünf Jahren „kriegstüchtig“ zu werden und kündigte explizit kurzfristige Investitionen in die Sicherheit des Landes und unserer Partnerländer an. An dieser Ausgangslage hat sich auch die wehrtechnische Industrie in Schleswig-Holstein seit der Ankündigung der Zeitenwende vor über zwei Jahren stark ausgerichtet; sie steht unverändert bereit, um ihren substantiellen Anteil dafür zu leisten, dass zukünftige Generationen in Freiheit und Sicherheit leben können.

Ohne den konsequenten Rückgriff auf marktverfügbare Systeme, ohne spezielle (und nicht export-fähigen) „Goldrandlösungen, wird dieses Ziel verfehlt. In vielen Bereichen bieten die schleswig-holsteinischen Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) bereits entsprechende Lösungen, wie bspw. im Bereich unbemannter Überwassersysteme gemäß dem formulierten Kurs 2035+ der Deutschen Marine (vgl. Future Combat Surface System) an.

Um die notwendige Stärke zu erreichen, bedarf die SVI einer entsprechende politischen, finanziellen und gesellschaftlichen Unterstützung und einer national getragenen Akzeptanz.

Mit den Ankündigungen der Bundesregierung steht mehr als nur die politische Glaubwürdigkeit auf dem Spiel. Es geht um die Sicherheit Europas, die seit Ende des Kalten

Krieges - auch durch den unklaren Ausgang der US-Präsidentschaftswahlen im November und möglichen Folgen für die Sicherheitsgarantien innerhalb der NATO-Allianz - noch nie so bedroht war wie heute.

Die Landesregierung erwartet, dass die Bundesregierung Beschaffungen von Ausrüstung, Ausstattung, Ersatzteilen und Munition zügiger durchführt, die Industrie frühzeitiger in den Beschaffungsprozess einbindet, bestehende Beschleunigungsmöglichkeiten im Vergaberecht stärker nutzt und rechtliche Hemmnisse im Vergabeverfahren abbaut. Neben der Nationalen Sicherheitsstrategie sowie der neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien ist eine Strategie zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie notwendig, die den aktuellen Herausforderungen gerecht wird.

Vor dem Hintergrund der aktuellen sicherheits- und verteidigungspolitischen Ausgangslage sowie der herausragenden Fähigkeiten und Kompetenzen der schleswig-holsteinischen wehrtechnischen Industrie ist es nun auch an der Zeit, diese leistungsfähige Industrie in Schleswig-Holstein unmittelbar und umfassend in die Zeitenwende einzubinden.

Teilnehmer:

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein

Der Chef der Staatskanzlei und Minister für Digitalisierung

Der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Die Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Der Maritime Koordinator der Landesregierung

AK Wehrtechnik Schleswig-Holstein

Anschütz GmbH

Autoflug GmbH

ELAC SONAR GmbH

Flensburger Fahrzeugbau Gesellschaft mbH

FSG/ Nobiskrug

GABLER Maschinenbau GmbH

German Naval Yards

Hagenuk Marinekommunikation GmbH

IG Metall Kiel-Neumünster

IG Metall Küste

IHK Schleswig-Holstein

Lürßen Werft

Rheinmetall Landsysteme GmbH

Rohde & Schwarz GmbH

ThyssenKrupp Marine Systems GmbH

UV-Nord

VINCORION - Advanced Systems GmbH